

Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

28. Oktober 2013

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 23.10.13 wurden in der Nähe von Lashkar Gah, der Hauptstadt der südafghanischen Provinz Helmand, die enthaupteten Leichen eines unverheirateten Liebespaars entdeckt. Die Behörden vermuten, dass das Paar aus seinem Heimatdorf geflohen und von Taliban aufgegriffen und enthauptet worden war.

Ebenfalls am 23.10.13 kamen bei einem Raketenangriff der Taliban im Distrikt Hesarak der ostafghanischen Provinz Nangarhar drei Zivilisten um.

Am 26.10.13 wurde ein afghanischer Soldat, der in einem Militärcamp im Südwesten der Hauptstadt Kabul internationale Soldaten angriff, erschossen. Unter den ISAF-Soldaten soll es keine Opfer gegeben haben. Bei dem Angriff handelte es sich um die fünfte Insiderattacke (auch "green-on-blue" genannt) seit Ende September. Die ISAF befürchtet für die Zeit bis zur Präsidentenwahl im April 2014 eine Zunahme derartiger Angriffe.

In der ostafghanischen Provinz Ghazni wurden am 26.10.13 drei Raketen auf eine politische Veranstaltung abgefeuert. Soweit bekannt, gab es keine Verletzten.

Am 27.10.13 starben im Distrikt Andar der Provinz Ghazni 18 Menschen, als ihr Kleinbus auf eine am Straßenrand versteckte Bombe fuhr. In der Hauptstadt Kabul kam am selben Tag ein Zivilist um, als ein Sprengsatz neben einem Militärbus gezündet wurde. Sechs Soldaten der afghanischen Luftwaffe erlitten Verletzungen. In der westafghanischen Provinz Herat starb am 27.10.13 ein afghanischer Soldat bei der Explosion eines Sprengsatzes.

Pakistan/Afghanistan

Abgelaufene PoR-Karten afghanischer Flüchtlinge weiterhin gültig

Der für die Grenzgebiete zuständige pakistanische Minister erklärte in einem Gespräch mit UNHCR, dass die von der National Database and Registration Authority (NADRA) ausgestellten und am 31.12.12 abgelaufenen Proof-of-Registration-Karten afghanischer Flüchtlinge weiterhin gültig seien. Technische und finanzielle Fragen der Verlängerung wären in Kürze geklärt. Anlass der Gespräche waren Berichte über zunehmende Festnahmen afghanischer Flüchtlinge durch die Polizei.

Irak

Sicherheitslage

Es kommt täglich zu Anschlägen. Die Zahl der Todesopfer unter der Zivilbevölkerung wird von Iraq Body Count, Stand: 27.10.13, für Oktober mit 978 angegeben. Seit Jahresbeginn seien mehr als 7.000 Todesopfer zu verzeichnen.

Nach einer Zählung der Nachrichtenagentur AFP starben seit Anfang Oktober mehr als 620 Menschen (Stand: 27.10.13), seit Jahresbeginn gab es mehr als 5.300 Todesopfer.

Am 22. 10.13 wurden nach unterschiedlichen Meldungen bei Anschlägen zwischen 23 und 47 Menschen getötet und mindestens 97 verletzt.

Am 23.10.13 starben bei Anschlägen u.a. in Bagdad, Mosul, Ramadi und Mussayab mindestens 74 Menschen, mehr als 50 erlitten Verletzungen.

Am 24.10.13 wurden u.a. in Bagdad, Mosul, Baquba und Kirkuk unterschiedlichen Meldungen zufolge zwischen 14 und 24 Menschen getötet.

Am 25.10.13 gab es bei Bombenanschlägen u.a. in Baquba, Yusifiyah und Bagdad mindestens 32 Tote.

Am 26.10.13 starben bei Anschlägen insgesamt 30 Menschen. Betroffen waren u.a. Bagdad und die Provinzen Ninive, Salahaddin und Anbar.

Am 27.10.13 sind allein in Bagdad mindestens 30 Menschen durch Explosionen von Autobomben getötet worden. Die Explosionen fanden in mehreren mehrheitlich von Schiiten bewohnten Stadtvierteln statt. Mehr als 90 Menschen wurden verletzt.

Neben Bagdad war Mosul am stärksten betroffen.

Syrien

Islamisten zerstören armenische Kirche

Angehörige der islamistischen Rebellengruppe „Islamischer Staat im Irak und in Syrien (ISIS)“ sollen in der Nacht vom 27./28.10.13 in Tal Abyad – Provinz al-Raqqa (al-Rakka) im Nordosten an der Grenze zur Türkei – eine armenische Kirche niedergebrannt haben.

Autobombenanschlag vor Moschee bei Damaskus

Bei einem Autobombenanschlag vor einer Moschee in der Stadt Suk Wadi Barada, ca. 40 km nordwestlich von Damaskus, kamen am 25.10.13 mindestens 40 Personen ums Leben. Die von Rebellen kontrollierte Stadt wird von Regierungstruppen belagert. Für den Anschlag machen sich die Parteien gegenseitig verantwortlich.

19 Rebellengruppen wollen Syrien-Friedenskonferenz boykottieren

19 islamistische Rebellengruppen verlautbarten am 26.10.13 durch den Chef der Sukur al-Sham (Suqour al-Sham/Falken Syriens), Ahmed Issa al-Sheikh, dass sie die ab 23.11.13 geplante Friedenskonferenz boykottieren wollen. Die Syrische Nationale Koalition will Anfang November bekannt geben, ob sie an der Konferenz teilnehmen wird.

UN-Nothilfekoordinatorin fordert Zugang für humanitäre Hilfe

Die UN-Nothilfekoordinatorin Valerie Amos appellierte an den UN-Sicherheitsrat, „nachhaltigen Druck“ auf die Bürgerkriegsparteien auszuüben, um dringend benötigte Hilfe ins Land zu lassen. Aufgrund der Kämpfe zwischen der Regierungsseite und den bis zu ca. 2.000 bewaffneten Gruppen sowie unter diesen selbst seien viele Transportrouten für Hilfe unpassierbar. Es dürften nur 15 internationale Hilfsgruppen in Syrien arbeiten. Auch sie hätten Schwierigkeiten, Visa zu erhalten. Außerdem würden immer wieder Helfer verschleppt oder LKWs mit Hilfsgütern entführt.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) berichtete vor einigen Tagen über eine Kinderlähmungsepidemie in der Provinz Deir al-Zor (Deir al-Sor).

Iran

Hinrichtungen als Reaktion auf Überfall

Am 26.10.13 wurden 16 inhaftierte Drogenschmuggler als Vergeltung für den Tod von 17 Grenzsoldaten am 25.10.13 gehängt. Die Männer waren zwar nicht an dem bewaffneten Überfall auf die Grenzposten in der Region Sarawan im Südostiran beteiligt, gehörten aber nach iranischen Angaben zu der Dscheisch-Al-Adl-Gruppe, die für den Überfall verantwortlich sein soll. Nach Angaben von Staatsanwalt Mohammed Marsieh wolle der Iran konsequent gegen Kriminelle und Mörder vorgehen. Die Grenzregion zu Pakistan ist die Hauptroute für den Drogenschmuggel von pakistanischen und afghanischen Drogenhändlern in den Iran. Es kommt dabei immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit zahlreichen Toten.

Türkei

Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen

Am 22.10.13 stimmten die EU-Staaten bei dem Treffen der EU-Außen- und Europaminister in Luxemburg dafür, erstmals seit drei Jahren wieder ein neues Kapitel in den Beitrittsverhandlungen mit der Regierung in Ankara zu eröffnen. Die offizielle Eröffnung des Kapitels 22 zur Regionalpolitik soll auf einer Regierungskonferenz am 05.11.13 erfolgen. Die EU-Minister hatten bereits im Juni der Öffnung dieses Kapitels zugestimmt, den Beginn der Verhandlungen wegen der gewaltsamen Niederschlagung von Protesten auf dem Taksim-Platz und im Gezi-Park in Istanbul jedoch ausgesetzt. Die EU-Beitrittsgespräche mit der Türkei laufen seit Oktober 2005.

Syrische Flüchtlinge

Nach Angaben des türkischen Katastrophenschutzes vom 21.10.13 befinden sich inzwischen über 600.000 syrische Flüchtlinge in der Türkei. 200.000 von ihnen halten sich in derzeit 21 Zelt- bzw. Containerlagern auf, die meist in der Nähe von Städten entlang der türkisch-syrischen Grenze eingerichtet wurden. Zwei Drittel der Flüchtlinge leben außerhalb der Camps und versuchen für sich selbst zu sorgen. Teilweise kommen sie bei Verwandten unter oder mieten selbst eine Wohnung. Auch die türkischen Grenzstädte leiden unter dem seit fast drei Jahren andauernden Konflikt.

Wehrdienstzeit verkürzt

Am 21.10.13 stimmte der türkische Ministerrat der Verkürzung der Wehrdienstzeit von 15 auf 12 Monate zu. Die neue Regelung wird zum 01.01.14 in Kraft treten. Die Neuregelung soll auch für die Soldaten gelten, die bis dahin bereits ein Jahr abgeleistet haben.

Palästinensische Autonomiegebiete

Israel plant weitere Freilassung palästinensischer Häftlinge

Am 29.10.13 sollen nach einem tagelangen Streit innerhalb der israelischen Koalitionsregierung 26 palästinensische Langzeit-Häftlinge freigelassen werden. 26 durften die Gefängnisse bereits im August verlassen; insgesamt sollen 104 Palästinenser aus der Haft entlassen werden. Die Freilassung zählt zu den vertrauensbildenden Maßnahmen, die vor der Wiederaufnahme der Friedensgespräche vereinbart worden waren. Im Gegenzug verzichteten die Palästinenser darauf, während der Friedensverhandlungen Mitgliedschaften in Unterorganisationen der UNO zu beantragen.

Saudi-Arabien

Festnahmen nach Protesten gegen Fahrverbot

Sicherheitsbehörden nahmen vierzehn Frauen fest, die einem Aufruf der Kampagne „Women2Drive“ gefolgt waren und am 26.10.13 ihre Autofahrten gefilmt und die Clips ins Internet gestellt hatten. Saudi-Arabien ist das einzige Land der Welt, in dem ein Autofahrverbot für Frauen besteht. Die Behörden hatten bereits im Vorfeld der Protestaktion „Autofahren am 26. Oktober“ eine harte Bestrafung angekündigt, wobei nicht nur die Autofahrt, sondern auch die Veröffentlichung entsprechender Filme im Internet bestraft werden sollte. Die Organisatoren der Kampagne hatten daraufhin zwar ihre Protestaktionen gegen das Autofahrverbot abgesagt, dennoch setzten sich einige Frauen ans Steuer.

Tunesien

Gewaltsame Auseinandersetzung

Am 23.10.13 kam es in der Region Sidi Bouzid in Zentraltunesien zu Kämpfen zwischen Sicherheitskräften und salafistischen Extremisten, bei denen mindestens acht Polizisten und zwei radikale Islamisten getötet wurden.

Seit Monaten gehen die Sicherheitskräfte verschärft gegen radikale islamistische Gruppierungen vor. In der Hauptstadt Tunis gingen zudem Tausende auf die Straße, um den Rückzug der Regierung unter Führung der

gemäßigten Islamisten der Regierungspartei Ennahdha zu fordern. Die Regierung hatte sich in den Vorwochen bereits zum Rücktritt bereiterklärt. Innerhalb von drei Wochen soll nun eine neue Übergangsregierung aus parteilosen Experten gebildet werden, die das Land bis zu den Neuwahlen führen soll.

Libyen

Ex-Rebellen randalieren im Parlament

Eine Gruppe von Invaliden aus dem libyschen Bürgerkrieg stürmte am 22.10.13 das Parlamentsgebäude in Tripolis und zerstörte einen Teil der Einrichtung, Verletzte soll es nicht gegeben haben. Die ehemaligen Rebellen forderten eine Fortsetzung ihrer medizinischen Behandlung im Ausland.

Ehemalige Kämpfer hatten in den vergangenen zwei Jahren schon mehrfach versucht, Politiker mit Waffengewalt einzuschüchtern. Zuletzt wurde am 10.10.13 Regierungschef Ali Seidan von sogenannten Revolutionären entführt und nach wenigen Stunden von einer anderen bewaffneten Gruppe befreit.

Gaddafi-Sohn angeklagt

Saif al-Islam, Sohn des ehemaligen Machthabers Muammar al-Gaddafi, und 36 weitere Vertreter des früheren Regimes wurden am 23.10.13 vor einem Strafgericht in Tripolis angeklagt. Ihnen wird vorgeworfen, 2011 mit Gewalt den Aufstand gegen Muammar al-Gaddafi unterdrückt zu haben. Die Anklage lautet auf Völkermord und Anstiftung zur Vergewaltigung. Zudem wird ihnen vorgeworfen, bewaffnete Milizen gegründet zu haben, um während des Aufstands Zivilisten zu töten. Ein Termin für den Prozessbeginn steht noch nicht fest. Gegen Saif al-Islam sind noch weitere Verfahren anhängig. Er befindet sich in einem Gefängnis in der westlibyschen Stadt Sitan. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag hatte zuvor entschieden, dass den Angeklagten in Libyen der Prozess gemacht werden soll.

Ägypten

Strafverfahren gegen Muslimbrüder

Ab 20.10.13 muss die Führungsriege der Muslimbruderschaft, darunter der Leiter der Organisation, Mohammed Badie, vor Gericht erscheinen. Dem ehemaligen Präsidenten Mursi drohen mehrere Verfahren. Im ersten, das am 04.11.13. beginnen soll, wird ihm Gewalt gegen Demonstranten während der Massenproteste im Dezember 2012 vorgeworfen. Derzeit sollen sich mehr als 2.000 Anhänger der Muslimbruderschaft in Haft befinden. Ihnen werden Straftaten wie Aufruf zur Gewalt, illegaler Waffenbesitz, Korruption, Aufruf zum Mord oder Landesverrat vorgeworfen. Nach Angaben von Beobachtern ist von mindestens einem Dutzend Gerichtsverfahren und einer dreistelligen Zahl von Angeklagten auszugehen. In vielen Fällen könnte die Todesstrafe drohen.

Muslimbrüder planen Gründung einer neuen Organisation

Teile der seit Ende September 13 verbotenen Muslimbruderschaft beantragten nach einem Pressebericht vom 21.10.13 beim ägyptischen Sozialministerium die Zulassung als Wohltätigkeitsorganisation. Die neue Organisation will sich nicht politisch betätigen. Ihre Anhänger werfen der bisherigen Führung der Muslimbruderschaft vor, für die Gewalt zwischen den Sicherheitskräften und den Anhängern des gestürzten Präsidenten Mursi mitverantwortlich gewesen zu sein.

Aufhebung des Ausnahmezustands im November

Nach Angaben einer ägyptischen Tageszeitung plant die Regierung nicht, den seit August 2013 geltenden Ausnahmezustand über den 14.11.13 hinaus zu verlängern. Im Rahmen eines derzeit diskutierten Anti-Terror-Gesetzes sollen jedoch einige Sonderbefugnisse für die Sicherheitskräfte erhalten bleiben.

Somalia

Journalist ermordet

Ein Journalist des somalischen Fernsehsenders Universal TV, der am 22.10.13 auf offener Straße in Mogadischu angeschossen worden war, erlag vier Tage später seinen Verletzungen. Obwohl bisher keine Organisation die Verantwortung für die Tat übernommen hat, wird vermutet, dass sie der al-Shabaab zuzurechnen ist. Im Jahr 2013 wurden in Somalia bisher sechs Journalisten ermordet.

Sudan/Südsudan

Unautorisiertes Referendum in der Abyei

Die Ethnie der Ngok Dinka begann am 27.10.13 in der zwischen Sudan und Südsudan umstrittenen ölfreie Region Abyei mit der einer dreitägigen Volksabstimmung über die künftige Zugehörigkeit der Region. Ergebnisse werden für den 31.10.13 erwartet. Etwa 100.000 Ngok Dinka sollen wegen der Abstimmung von Südsudan in die Abyei gekommen sein. Die sudanesishe Regierung bezeichnet das Referendum als illegal. Sie will dessen Ergebnisse ebenso wenig anerkennen wie die südsudanesishe Regierung. Die arabischen Misseriya-Stämme, die mit ihren Viehherden die Weidegründe der Abyei aufsuchen und mit der Regierung in Khartum verbunden sind, lehnen das Referendum strikt ab.

Die Zugehörigkeit der Abyei ist ein Streitpunkt zwischen den beiden sudanesischen Staaten, der seit dem umfassenden Friedensabkommen von 2005 ungelöst ist. Die Durchführung eines Referendums ist im Friedensabkommen vorgesehen, fand jedoch bisher nicht statt.

Mali

Anschläge im Norden

Am 23.10.13 kamen bei einem Selbstmordanschlag der islamistischen Rebellen im Norden Malis zwei Blauhelmsoldaten und ein Kind ums Leben, drei Soldaten erlitten Verletzungen. Bei der Explosion einer Autobombe am selben Tag unweit der algerischen Grenze wurden sechs Blauhelmsoldaten und drei Zivilisten verletzt.

Nigeria

Boko-Haram-Angriff in Damaturu

Laut Armeeangaben vom 25.10.13 griff am 24.10.13 im Außenbereich von Damaturu (Hauptstadt des nordostnigerianischen Bundesstaates Yobe) eine Vielzahl mutmaßlicher Mitglieder der islamistischen Organisation Boko Haram gegen 17:30 Uhr eine Straßenkontrollstelle des Militärs an der Damaturu-Maiduguri Straße an. Dort und in verschiedenen Teilen der Stadt kam es über Stunden zu Gefechten zwischen den Angreifern und den Sicherheitskräften. 21 der Angreifer sowie mehrere Zivilisten und Sicherheitskräfte sollen bei den Kämpfen getötet worden sein. Es wurde für den 24. und 25.10.13 eine ganztägige Ausgangssperre über den Bundesstaat verhängt.

Über 100 Boko-Haram-Kämpfer getötet

Nach unbestätigten Angaben des Militärs vom 25.10.13 sollen im nordöstlichen Bundesstaat Borno bei einem Boden-Luft-Angriff des Militärs am 24.10.13 auf zwei Lager der Boko Haram in den Dörfern Galangi und Lawanti, Kaga Local Government, 74 mutmaßliche Mitglieder getötet worden sein. Bei einem ähnlichen Angriff in der vorausgegangenen Woche in einer anderen entlegenen Gegend von Borno seien bereits 37 der Islamisten getötet worden.

DR Kongo

M23-Rebellen auf dem Rückzug

Am 25.10.13 brachen bei der Stadt Kibumba (etwa 25 km nördlich von Goma, Hauptstadt der ostkongolesischen Provinz Nord-Kivu) die seit drei Wochen heftigsten Kämpfe zwischen der Regierungsarmee FARDC und den M23-Rebellen aus. Mit der Einnahme am 26.10.13 von Kibumba (im Süden des Rebellengebietes) gelang es der Armee, den letzten noch von M23 im Umland von Goma kontrollierten Ort zu erobern. Im Norden des Rebellengebietes fiel am Morgen des 27.10.13 Kiwanja (etwa 200.000 Einwohner, Vorstadt der Distrikthauptstadt Rutshuru) an die FARDC. Nach bisher unbestätigten Armeeangaben soll noch am selben Tag auch Rutshuru, etwa 70 km nördlich von Goma, von Regierungssoldaten zurückerobert worden sein. Mit dem Rückzug der Rebellen in die Berge an den Grenzen zu Uganda und Ruanda sind diese in etwa wieder auf Stellungen zurückgedrängt, die sie zu Beginn ihrer Rebellion im Frühjahr 2012 hielten.

Wenige Tage vor dem Ausbruch der Kämpfe hatten am 21.10.13 sowohl die kongolesische Regierung wie auch die M23 erklärt, dass die zwischen ihnen – nach einer erfolgreichen Offensive von UN-Eingreiftruppen gegen die M23 im September – wieder aufgenommen Friedensgespräche in Kampala/Uganda erneut zum Stillstand gekommen seien. Darin hatte die M23 bereits ihre Auflösung zugesagt. Es konnte jedoch keine Einigung über die von der M23-Delegation geforderte Amnestie für die Führung der M23 erzielt werden.

Äthiopien

Regierung stoppt Arbeitsemigration

Die äthiopische Regierung hat ihren Bürgern bis auf Weiteres die Emigration zur Arbeitssuche verboten. Ein Sprecher des Außenministeriums begründete dies am 25.10.13 damit, dass unzählige Äthiopier wegen illegalen Menschenhandels ihr Leben verloren oder körperliche und seelische Traumata erlitten hätten. Die Entscheidung sei getroffen worden, um die Sicherheit der Bürger zu schützen. Das Reiseverbot werde in Kraft bleiben, bis eine dauerhafte Lösung gefunden worden sei. Allein im Jahr 2012 hätten rund 200.000 Frauen das Land verlassen, um meist im Nahen Osten als Haushaltshilfen zu arbeiten. Dort litten sie häufig unter schlechten Arbeitsbedingungen, Diskriminierung und sexuellem Missbrauch.

Russische Föderation

Selbstmordanschlag fordert Tote und Verletzte

Bei einem Selbstmordanschlag am 21.10.13 in Wolgograd sind – je nach Medienbericht – zwischen sechs und zehn Menschen ums Leben gekommen, über 30 wurden teils schwer verletzt. Ersten Erkenntnissen der Ermittlungsbehörden zufolge sprengte sich eine 30-jährige „Schwarze Witwe“ aus der Nordkaukasusrepublik Dagestan mit einer Handgranate in einem Bus in die Luft. Sie sei die Ehefrau des getöteten islamistischen Bandenführers Sokolow, sagte ein Behördensprecher.

Wolgograd, wo rund eine Million Menschen leben, galt bisher nicht als Ziel für Anschläge. Das frühere Stalingrad liegt rund 900 Kilometer südöstlich der Hauptstadt und mehrere hundert Kilometer entfernt vom Kaukasus.

Georgien

Georgi Margwelaschwili gewinnt die Präsidentschaftswahl

Bei der Präsidentschaftswahl in Georgien am 27.10.13 holte der 44-jährige Georgi Margwelaschwili, Kandidat der Regierungskoalition „Georgischer Traum“, bereits im 1. Wahlgang die absolute Mehrheit (etwa 62 %). Sein schärfster Rivale Bakradse erhielt rund 21 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei rund 47 Prozent. Saakaschwili, der nach zwei Amtsperioden nicht mehr kandidieren durfte, räumte die Niederlage seiner Partei „Vereinte Nationalbewegung“ und ihres Kandidaten, des früheren Parlamentschefs David Bakradse, ein.

Insgesamt traten bei der Präsidentschaftswahl 23 Kandidaten an. Die Wahl verlief weitestgehend fair und ohne Störungen. Der neue Präsident wird überwiegend nur Repräsentationsaufgaben haben. Eine Verfas-

sungsänderung, die zum Zeitpunkt der Wahl in Kraft trat, verschob die wichtigsten Machtbefugnisse auf das Amt des Regierungschefs.

Vor einem Jahr gewann die Koalition „Georgischer Traum“ bereits bei der Parlamentswahl die Mehrheit im Parlament. Angeführt wird sie vom reichsten Mann Georgiens, dem Milliardär Bidsina Iwanischwili, derzeit Premierminister. Jetzt will dieser bis zum Ende des Jahres zurücktreten und sich aus der öffentlichen Politik zurückziehen. Er sieht seine wichtigste Aufgabe – den friedlichen Machtwechsel in Georgien – als erfüllt an.

Bangladesch

Tote bei Protesten gegen die Regierung

In der vergangenen Woche kam es in mehreren Landesteilen zu Ausschreitungen bei Protesten gegen die Regierung. Die oppositionelle Bangladesh Nationalist Party (BNP) und mit ihr verbündete islamische Parteien hatten zu Protesten und Streiks aufgerufen. Sie fordern den Rücktritt von Premierministerin Sheikh Hasina und vorgezogene Neuwahlen. In der Stadt Cox's Bazaar, im Bezirk Chandpur und in der Stadt Jaldhaka starben bei Ausschreitungen und Zusammenstößen mit Sicherheitskräften mindestens sechs Menschen. Es gab viele Verletzte. In diesem Jahr wurden bei politischen Protesten und Unruhen bisher mehr als 150 Menschen getötet.